

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 213 94. Postcheck Nr. IX/2988



Anzeigenpreise: Die 1 Spalt. Millimeterzeile Anzeigen Reklame
Inland 7 Rp. 20 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans b. Sennwald) 9 Rp. 22 Rp.
Uebrig. Schweiz 10 Rp. 24 Rp.
Ausland 12 Rp. 28 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 221 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Organ für amtliche Kundmachungen



Bautätigkeit und Konjunkturpolitik

Von Dr. F. Hummler

Delegierter des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Landesverteidigung

Unter obigem Titel veröffentlichen wir einen sehr interessanten Artikel aus der Schweizerischen Handelszeitung vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Landesverteidigung des Schweizerischen Bundesrates, Dr. F. Hummler. Bekanntlich stehen auch wir vor denselben Problemen und es ist interessant, wie dieser bekannte Wirtschaftler die Situation sieht.

Die Redaktion.

Mit einigem Neid denke ich an die Zeit zurück, da der Delegierte für Arbeitsbeschaffung inmitten einer guten, aber nicht überkochenden Konjunktur die Wirtschaft und die öffentliche Hand bitten konnte, gewisse Bau- und andere Investitionspläne nach Möglichkeit aufzuschieben, damit für schlechtere Zeiten auch noch etwas zu tun übrigbleibe. Damals stand im Vordergrund seiner Sorge das Bemühen, möglichst viele Arbeitsvorräte für eine eventuelle Depressionszeit anzusammeln. Obgleich in den vergangenen fünf Jahren in der Schweiz von der Privatwirtschaft und von der öffentlichen Hand viele Arbeiten und Investitionen durchgeführt wurden und durchgeführt werden mußten, waren seine Bemühungen von einem recht befriedigenden Erfolg gekrönt. Der Arbeitsvorrat, der vor allem im Mehrjahresprogramm der öffentl. Bauvorhaben zum Ausdruck kommt, stieg seit Kriegsende dauernd an und belief sich im Sommer 1955 auf den höchst ansehnlichen Gesamtbetrag von 10,5 Mrd. Fr. Gegenüber dem Mehrjahresprogramm von 1952 ergab sich eine Vermehrung um 2,2 Mrd. Franken, obgleich gerade in den Jahren 1952 bis 1955 von der öffentlichen Hand sehr viel gebaut wurde. Es zeigte sich deutlich, daß das Mehrjahresprogramm der öffentlichen Bauvorhaben und der andern öffentlichen Aufträge an Industrie und Gewerbe nicht den Sinn eines Arbeitsbeschaffungskataloges hat, der in der Hauptsache Aufträge enthält, die als Notstandsarbeiten zu betrachten wären. Die richtige Auffassung über das öffentliche Mehrjahresprogramm ist die, daß dieses Programm dauernd durch notwendig gewordene Ausführungen reduziert wird und ergänzt werden soll. Wesentlich ist dabei, daß man sich jederzeit über den Umfang des Gesamtprogrammes und über die Bereitschaft zur Ausführung in rechtlicher, finanzieller und technischer Beziehung im klaren ist.

Wenn heute aber der Delegierte für Arbeitsbeschaffung erneut mit aller Dringlichkeit sowohl die Privatwirtschaft als auch die öffentliche Hand bitten muß, in der Bau- und andern Investitionstätigkeit Zurückhaltung zu üben, dann beruht seine Bitte nicht auf dem Wunsch, für eine für die nächste Zeit nicht sehr wahrscheinliche Depressions Notstandsarbeiten auf Vorrat anzusammeln, sondern auf der höchst aktuellen Feststellung, daß die derzeitige sehr starke Bau- und übrige Investitionstätigkeit neben andern Gründen eine der hauptsächlichsten Ursachen der Ueberhitzungsgefahr der heutigen Konjunktur und der damit verbundenen Preis- und Lohnsteigerung sei. Die Intensität des schweizerischen Wirtschaftslebens hängt entscheidend vom Export einerseits und von der Bautätigkeit andererseits ab. Den stark gesteigerten Exporten stehen heute glücklicherweise noch stärker gesteigerte Importe gegenüber, und es sind gerade die großen Importmengen, die helfen, Engpässe zu überwinden und damit aus einer Mangellage resultierende inflatorische Auftriebe zu vermeiden. Bei der Bautätigkeit, die an das Baugewerbe und an alle mit ihm verbundenen Industrie- und Gewerbebezüge heute ganz besonders große Ansprüche stellt, ergeben sich aber tatsächlich Engpässe, die nicht — wie beim Außenhandel — durch vermehrte Importe ausgeglichen

werden können. Der Beizug von vielen ausländischen Arbeitskräften wirkt zwar ähnlich wie ein gesteigerter Import im Sinne einer Milderung von solchen Engpässen. Die zahlenmäßigen Rekrutierungsmöglichkeiten scheinen heute aber sowohl von inländischen Gesichtspunkten aus gesehen als auch in bezug auf das Angebot aus dem Ausland an der oberen Grenze angelangt zu sein. Der Mangel oder die Knappheit an Arbeitskräften kann allerdings durch immer weiter getriebene Mechanisierung auch auf dem Gebiete des Bauwesens teilweise ausgeglichen werden. Da es aber nicht sicher ist, wie lange die teuren mechanischen Arbeitsmaschinen voll ausgenutzt werden können, beziehungsweise wie bald sie durch noch leistungsfähigere und noch modernere Maschinen abgelöst werden, muß in der Kalkulation der Baukosten ein relativ hoher Amortisationsbetrag für das mechanische Material angesetzt werden. Auch daraus ergibt sich — gleich wie bei erhöhten Löhnen — eine Verteuerung des Bauens, und gleichzeitig wird durch die Anschaffung des mechanischen Materials die Konjunktur der Maschinen- und Apparateindustrie weiterhin gesteigert.

Aus diesen Ueberlegungen geht hervor, daß vom Standpunkt der Konjunkturpolitik und der Verhinderung einer Konjunkturüberhitzung aus eine möglichst weitgehende Zurückhaltung in der Bautätigkeit nach wie vor empfohlen und mit gewissen zur Verfügung stehenden Mitteln auch veranlaßt werden muß. Dies allerdings auch aus Erwägungen der Aufrechterhaltung einer möglichst gleichmäßigen Beschäftigung. Während man nämlich in bezug auf die allgemeine Wirtschaftstätigkeit annehmen kann, daß diese in unserem Lande aus zahlreichen Gründen voraussichtlich noch für längere Zeit sehr lebhaft sein werde, muß doch immer wieder auf die Konjunkturrempfindlichkeit der Bauwirtschaft hingewiesen werden. Die Erstellung von Wohnungen geht zurzeit in der Schweiz weit über die rechnerisch erfahrbaren Bedürfnisse hinaus. Es kann sich sehr rasch eine Ueberbauung herausbilden, namentlich bei den Wohnungen in den höheren Preiskategorien, die bei den Auftraggebern des Baugewerbes besonders beliebt sind, obgleich ihnen ein recht großes spekulatives Risiko innewohnt. Zwar ist das Bedürfnis an Wohnraum immer noch groß; aber die Erfahrung und gründliche Ueberlegungen zeigen, daß es einen der elastischsten Nachfragefaktoren der Marktwirtschaft darstellt. Je nach der individuellen und allgemeinen wirtschaftlichen Situation kann man sich in bezug auf den Wohnraum sehr breit machen oder sehr einschränken, was schon Friedrich Schiller festgestellt hat. Der errechnete „normale“ Bedarfsrückgang an Neuwohnungen kann ausgeglichen werden durch ein noch längeres Wohnen. Er kann aber bei einem nur kleinen Rückgang der Konjunktur, durch den Wegzug der ausländischen Arbeitskräfte und durch die Notwendigkeit des Sparens an irgendeinem Ort ganz wesentlich verschärft werden, was für das Baugewerbe sofortigen scharfen Beschäftigungsrückgang bedeuten kann. Infolgedessen hat das Baugewerbe selbst das allergrößte Interesse daran, allzuschärfte Ausschläge nach oben in der Bautätigkeit nach Möglichkeit zu verhindern. Das gleiche Interesse haben alle Lieferanten des Baugewerbes, von der Zementindustrie bis zum Installationsgewerbe.

Es ist angedeutet worden, daß die Baukonjunktur nicht nur durch Appelle an den guten Willen und die Vernunft beeinflusst werden kann, sondern auch durch gewisse Maßnahmen. Wir denken dabei vor allem an die Gestaltung des Kapital- und Geldmarktes. Verschiedene Staaten haben durch Heraufsetzung des Diskontsatzes eine Bremsung der Investitions- und Bautätigkeit an-

gestrebt und teilweise auch erreicht. Eine sorgfältige Abwägung der zu erwartenden Auswirkungen zeigt, daß in der Schweiz die durch einen solchen Schritt — der übrigens in der Kompetenz der Nationalbankbehörden liegt — hervorgerufene Kreditverteuerung unter den gegebenen derzeitigen Verhältnissen hauptsächlich die schwächeren Wirtschaftszweige treffen würde, so z. B. die Landwirtschaft. Umgekehrt würde die finanziell gefestigtesten Branchen und Betriebe, die heute am meisten investieren, von dieser Maßnahme wenig berührt, da der Investitionsbedarf von ihnen heute noch größtenteils aus eigenen Mitteln bestritten wird. Dagegen wirkt die Sterilisierung von Bundesgeldern, die seit geraumer Zeit praktiziert wird, im Sinne der Konjunkturdämpfung, also auch im Sinne der Einschränkung der Bauinvestitionen. Diese Sterilisierung sollte trotz den für den Bund damit verbundenen Kosten weitergeführt werden. In ähnlichem Sinne wie die Sterilisierung von Bundesmitteln wirken das Gentlemen's Agreement der Banken über die Haltung von Mindestreserven bei der Nationalbank, durch welches Zurückhaltung bei Kreditgewährungen veranlaßt wird, und das Gentlemen's Agreement über die Baufinanzierung selbst, das ganz besonders die Eindämmung der bauwirtschaftlichen Auftriebskräfte dient. Das sind zwei sehr wertvolle Instrumente, für deren Zustandekommen dem Bankgewerbe Dank gebührt. Es ist wahrscheinlich, daß die ergriffenen Maßnahmen bereits Wirkungen auf verschiedenen Gebieten auslösten. Ihre Verstärkung oder Lockerung muß sich nach der Marktsituation richten. Wesentlich ist, daß durch sie besonders die Uebersteigerung des Bauens und der Bauinvestitionen verhindert wird.

Es wird oft erklärt, daß die Erstellung einer noch größeren Zahl von Wohnungen am ehesten einen günstigen Einfluß auf die Mietpreise haben könnte. Das ist theoretisch nicht zu bestreiten und gehört zur klassischen Wirksamkeit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. Andererseits aber wäre es wirtschaftlich höchst unerwünscht, wenn die heutige Hochkonjunktur durch eine übersteigerte Produktion neuer, keineswegs billiger Wohnungen noch weiter angetrieben würde, mit dem Erfolg, daß dann um so schneller und mit um so radikaleren Auswirkungen ein starker Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe entstünde.

Nun muß allerdings festgestellt werden, daß sich der gewerbliche und industrielle Bau recht unabhängig vom Wohnungsbau entwickelt. Das zeigen allein schon die Zahlen über die Bauvorhaben 1956. Während bei den Wohnungsbauten nur noch eine Steigerung der Bauvorhaben gegenüber 1955 um 4 Prozent festzustellen ist — wobei das Baugewerbe heute glaubt annehmen zu dürfen, daß die Bauausführungen auf diesem Gebiet im laufenden Jahre die Höhe der Bauvorhaben nicht mehr erreichen werde — sind die Bauvorhaben auf dem gewerblichen und industriellen Gebiet gegenüber 1955 um nicht weniger als 39 Prozent gestiegen. Eindrucksvoll ist auch die Steigerung in absoluten Zahlen, nämlich von 672,7 Mill. Fr. im Jahr 1955 auf 932,6 Mill. Fr. im Jahr 1956. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß das Investitionsbedürfnis baulicher Art bei Industrie und Gewerbe sehr groß ist. Es machen sich auch keine Anzeichen bemerkbar, daß es im Jahre 1957 wesentlich anders sein werde. Die Landesbehörden und ganz besonders auch der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, der nicht eine Behörde, sondern ein Beobachter und Berater ist, müssen mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß ein gründliches und kritisches Ueberlegen aller industriellen und gewerblichen baulichen Investitionen eine dringende Notwendigkeit ist. Man kann heute nicht mehr sagen, wenn sich die Privatwirtschaft oder die privaten Wirtschaftler verspekulierten, dann sei das ihre Privatsache. Die Nachteile der Fehlspekulation treffen eben nicht nur ihre Urheber, sondern die Wirtschaft im allgemeinen und damit alle Wirtschaftssubjek-

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Kurz nach der Veröffentlichung eines größeren Artikels in Ihrem Blatte unter dem Titel „Die Notwendigkeit einer Landesbibliothek“ erschien im „Tagesanzeiger“ für Stadt und Kanton Zürich, der auch bei uns zahlreiche Leser hat, eine größere Reportage über die sogenannte Jugendbibliothek in Zürich. Ich möchte mit meinen Zeilen nicht nur die Mitglieder des Initiativkomitees auf jenen Artikel aufmerksam machen, sondern ihnen bei dieser Gelegenheit im Namen der Jugendlichen danken. Aus jenem Artikel dieser bekannten Zürcher Tageszeitung geht hervor, daß man schon die Schuljugend für die Bibliothek interessieren muß. Er beweist aber auch das große Interesse der Jugend für das Buch.

Wir wollen hoffen, daß die Bemühungen allseits dahin gehen, um auch bei uns endlich eine wichtige Aufgabe zu verwirklichen. Ich bin überzeugt, daß man auch bei uns dieselben Erfahrungen machen wird wie im Ausland, nämlich, daß eine Bibliothek ein dringendes Bedürfnis nicht nur der Jugend, sondern des ganzen Volkes ist.

Ein alter Bücherfreund.

nehmen muß. Dem Zwang zur Zurückhaltung, der auch für den Bund, die Post und die Bunte. Auf der anderen Seite ist es natürlich falsch, in jeder heute vorgenommenen industriellen Investition etwas anrühlich Spekulatives und Konjunkturwidriges zu sehen, oder schlagwortmäßig von „unsinnigen“ Investitionen zu sprechen. Selbstverständlich gibt es solche. Daneben gibt es aber auch eine viel größere Zahl von Investitionen, die sich sowohl privatwirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich als nützlich, ja sogar als notwendig erweisen werden. Unsere industrielle Produktion muß sich auf die Bedürfnisse der Gegenwart und Zukunft ausrichten. Sie muß ihre Produktivität steigern und namentlich auch ihr Produktionsprogramm den neuen Anforderungen anpassen. Das bedingt neben vielen anderen Maßnahmen auch bauliche und maschinelle Investitionen. Es ist zu wünschen, daß sich die Durchführung des begründeten Investitionsprogrammes der schweizerischen Industrie auf eine recht ausgedehnte Investitionsperiode erstreckt und daß es sich auf die Dauer als im großen und ganzen zweckmäßig erweise. Die Verknappung der Finanzierungsmöglichkeiten wird auch hier ein Anlaß sein, die kritischen Erwägungen bei den Neuinvestitionen zu verstärken und zu schärfen.

Die Ueberlegungen, die für die gewerbliche und industrielle Bautätigkeit gelten, müssen auch für die Bauabsichten der öffentlichen Hand in Betracht gezogen werden. Namentlich auch deshalb, weil sie zahlenmäßig nicht weniger ins Gewicht fallen. Die Bauvorhaben der Kantone zeigen von 1955 auf 1956 eine Steigerung um 28 Prozent, nämlich von 284,6 Mill. auf 362,9 Mill. Fr. und diejenigen der Gemeinden um 21 Prozent, von 771,5 Mill. auf 936,5 Mill. Fr. Auch hier muß äußerst kritisch geprüft werden, was von dringender Notwendigkeit ist und was noch zurückgestellt werden kann. Ich bin überzeugt, daß die stimmberechtigten Einwohner und die leider noch nicht stimmberechtigten Einwohnerinnen eines Kantons und einer Gemeinde mit den verantwortlichen Behörden einig sind, wenn auf dem Gebiet des öffentlichen Baues Zurückhaltung geübt wird, sobald sie sich vergegenwärtigen, wie viel schwerer für das Leben jedes einzelnen die Folgen einer inflatorischen Preisentwicklung sind als Verzichte, die man in Bezug auf die Kapazität und den Komfort der Schulen, Spitäler, Turnhallen und Straßen vorübergehend auf sich